



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 25. Juni 2013
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 18/13

(Drucksachenband 175)

Drucksachenlisten DL Nrn. 26/13

(Drucksachenband 176)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0050 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0051 13-V-33-0001

Integrationsbericht 2012

Stv. Schickel bedankt sich ausdrücklich bei Frau Stadträtin Zeimetz für den umfangreichen Bericht. Er wünscht sich noch Informationen über männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund und Frauen mit Kurzzeitbeschäftigung. Dies sei aber nicht hier verhandelbar, sondern müsste von den Fraktionen angestoßen werden.

Vors. Spallek schließt sich dem Dank an und ist erfreut, dass der Bericht jetzt immer früher vorliegt. Er hat sich über die Presseberichterstattung geärgert, die von einem nicht aussagekräftigen Zahlenwerk gesprochen hat. Das könne man so nicht stehenlassen. Der Bericht sei ein Signal für die Fraktionen und Parteien. Es seien natürlich in der Hauptsache statistische Werte abgebildet, aber das Amt habe eine solide Arbeit geleistet, die man kommunalpolitisch auswerten könne.

Auch Stv. Gaedeke bedankt sich und stellt fest, dass man in Wiesbaden gut aufgestellt sei.

Einstimmig

0052 Genehmigung der Niederschrift vom 14.05.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 14.05.2013 wird genehmigt.
Die Protokollnotiz von Linke&Piraten zu Punkt 14 (13-V-31-0001 - Bußgeldkatalog) wird nachgetragen.

Einstimmig

0053 13-F-33-0056

Kontakte zu US-Amerikanern
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.06.2013 -

Stv. Dr. Wittkowski begründet den Antrag. Leider wird der Kontakt im Moment von Fluglärm überschattet und strapaziert. Man müsse aber im Auge behalten, dass man in den nächsten Jahrzehnten zusammenleben wird und dazu wäre ein gutes Verhältnis wünschenswert. Man sollte

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. Juni 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

sich um Maßnahmen bemühen, um das Verhältnis zu verbessern. Jetzt gehe es aber erst einmal um eine Bestandsaufnahme.

Stv. Gaedeke weist auf den Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 29.01.13 zu diesem Thema hin, der zu einem ausführlichen Bericht im Ausschuss geführt hat.

Lt. Vors. Spallek wolle man jetzt den aktuellen Stand erfragen. Die dort geplante Sitzung könne allerdings aus Sicherheitserwägungen nicht stattfinden, da die Ausschusssitzungen öffentlich seien.

Stv. Apel berichtet, dass der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit vor Ort gewesen sei, aber keine neuen Erkenntnisse gewinnen konnte. Man habe z. B. die Flugzeuge gesehen, aber es habe keinen Kontakt zu Zivilisten gegeben.

Stv. Schickel hat in Bezug auf die zusätzliche Belastung durch den Rhein-Main-Flughafen subjektive Erfahrungen im Erbenheimer Umfeld gemacht. Man sei sehr bemüht, Erleichterung zu schaffen. Evtl. könne das Überfliegen von weniger bewohnten Gebieten in Betracht gezogen werden. Der Colonel mache einen aufgeschlossenen Eindruck. Es war sicher nicht so gut, dass direkt nach der Demonstration die Hubschrauber gestartet sind.

Er berichtet weiter, dass eine Mannschaft der Stadtverwaltung gegen eine US-Mannschaft Fußball gespielt habe.

Ein Tag der offenen Tür bei den Amerikanern wird nicht mehr angeboten.

Lt. Vors. Spallek müsse man bedenken, dass sich viele der Amerikaner nur kurz hier in Wiesbaden aufhalten werden und von daher der Kontaktaufbau nicht so intensiv sein wird. Der Deutsch-Amerikanische Frauenclub existiere immer noch. Schulische Kontakte seien angedacht.

Auf Vorschlag von Stv. Dumont du Voitel wird der Antrag ergänzt um Ziffer 5 wie folgt angenommen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- 1. Welche Aktivitäten zwischen der Stadt Wiesbaden und den US-Amerikanern derzeit bestehen.*
- 2. Welche Aktivitäten von bürgerschaftlicher (privater) Seite mit den in Wiesbaden lebenden US Bürger derzeit bestehen (z.B. deutsch-amerikanischer Frauenverein ö. Ä.).*
- 3. Welche weiteren Aktionen seitens der Stadt Wiesbaden geplant sind, um die Wiesbadener Bürger und die in Wiesbaden lebenden US Bürger zusammenzuführen.*
- 4. Wie der Umzugszeitplan hinsichtlich der Verlagerung der US-Streitkräfte von Heidelberg nach Wiesbaden aussieht (wann ist der Umzug abgeschlossen?).*
- 5. Gibt es eine Beschwerdestelle, an die sich Bürger/innen z. B. bei Belästigungen durch Fluglärm wenden können.*

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. Juni 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0054 13-F-03-0063

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.2013 -

Nach Eingang des schriftlichen Berichtes ist die Beratung in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten vorgesehen.

Einstimmig

0055 13-F-08-0051

Übertragung der Bürgermeisterversammlung ins Internet
- Antrag von Linke&Piraten vom 19.06.2013 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag und berichtet, dass man mit Freude von der Übertragung der Veranstaltung in den großen Festsaal und den Raum 22 gehört habe und sich gut eine Übertragung auch übers Internet vorstellen könnte.

Stv. Kisseler weist darauf hin, dass Rathaus-TV schon Thema im Ausschuss war - dies könnte ein Testlauf sein. Ob man sich die Amtsübergabe wirklich anschauen möchte, will er nicht beurteilen, das Mitfeiern hinterher sei generell spannender.

Stv. Schickel erklärt, dass der neue Oberbürgermeister dies völlig schmerzfrei sehe. So kurzfristig ließe sich aber die Übertragung nicht realisieren. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Lt. Stv. Apel gäbe es die Probleme, die bei Rathaus-TV angesprochen wurden in diesem Fall gar nicht. Diese Veranstaltung sei eine völlig andere Sache, weil vorwiegend der Magistrat ans Redepult trete.

Stv. Seipel-Rotter korrigiert, denn auch die Fraktionen würden reden. Er habe aber gewettet, dass ihm dies jemand so sagen werde. Seine Fraktion werde die Übertragung umsetzen, wenn der Ausschuss dies so beschließen würde. Es hätte sicher niemand etwas dagegen, wenn die Amtsübergabe übertragen würde. Er geht auch davon aus, dass mehr Leute kommen würden.

Vors. Spallek erklärt, dass es immer noch ein Unterschied sei, ob im Internet übertragen wird oder nicht. Stadtverordnetenvorsteher Nickel habe z. B. darauf hingewiesen, dass die Einführung von Stadträtin Mörücke nicht im dem I-Pod usw. aufgezeichnet werden dürfe. Er bedankt sich zwar grundsätzlich für das Angebot, aber die rechtliche Seite dürfe man nicht ausblenden. Es sei einfach nicht realisierbar und er vermisse wie üblich die Aufstellung der Kosten -so mache Politik Spaß. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Lt. Stv. Apel bestehe ein Riesenunterschied zwischen einer Übertragung im Internet und einem livestream in den Nebenraum, auch wenn es ähnlich klinge.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. Juni 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Seipel-Rotter erklärt, dass es nicht richtig sei, dass es nicht durchkalkuliert sei. Seine Fraktion würde das kostenlos machen. In die Haushaltsberatungen würden sicher entsprechende Anträge eingebracht.

Lt. Stv. Schickel müsse man im Vorfeld eines solch konkreten Antrags die Kompetenzen klären. Es gäbe bei anderen Fraktionen Medienbeauftragte und er fragt nach, ob der Antrag mit denen reflektiert wurde.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Linke&Piraten bei Enth. Grüne abgelehnt

0056 13-F-03-0064

Gedenkstätte Krautgartenschule
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 11.06.2013 -

Zu diesem Punkt, der auch schon im Ausschuss für Schule und Kultur beraten wurde, sind Frau Brand und eine weitere Kollegin vom Staatlichen Schulamt anwesend.

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Frau Brand berichtet zu dem Thema Folgendes:

Sie möchte die Krautgartenschule in Schutz nehmen und das Bild der Schule in der Öffentlichkeit korrigieren.

Es war nie eine Gedenkstätte in der Krautgartenschule eingerichtet. Die Schulleiterin hatte 2005 im Fach Religion/Ethik das Thema der Familie Lehmann behandelt und daraus hat sich eine Ausstellung entwickelt. Stv. Bohrer hat diese Ausstellung begleitet, die im Rahmen einer kleinen Feierlichkeit eröffnet wurde. Es bestand neben dem Kontakt zum Ortsbeirat auch Kontakt zur Familie Lehmann. Sie selber sei damals Konrektorin an der Schule gewesen, muss sich aber bei den Angaben auf Kollegen verlassen, da sie selber zu dieser Zeit nicht vor Ort war.

Jeder sei davon ausgegangen, dass es sich um eine zeitlich befristete Ausstellung handelt. Die damalige Schulleiterin sei nach der Ausstellungseröffnung verstorben, so dass heute nicht mehr nachvollziehbar sei, warum die Ausstellung bis 2008 lief.

Eine Kollegin wollte 2008 die Ausstellung beenden, weil die damaligen Schüler nicht mehr an der Schule waren. Der Platz sollte für andere Ausstellungen genutzt werden.

Die Exponate wurden daraufhin entfernt. Die Geige hat z. B. Stv. Bohrer erhalten. Die Fotos (Originale oder evtl. Fotokopien - nicht mehr nachzuvollziehen) und die Schülerarbeiten sollten der Familie zurückgegeben werden.

Die Adresse wurde 2005 recherchiert. Leider war diese Adresse 2008 nicht mehr aktuell (Vermerk „Unbekannt verzogen“). Stv. Bohrer hatte weiteren Kontakt. In der Presse stand, dass Tochter und Sohn die Unterlagen nicht bekommen haben. Die Tochter vermutet, dass die Exponate bei einem Cousin gelandet sind.

In der Zeit von 2008 bis 2013 ist nichts passiert (zu Frage 2). Im Januar 2013 hat Stv. Bohrer die Schule informiert, dass eine Journalistin eine Dokumentation erstellen möchte und man vermutet, dass es sich um eine Gedenkstätte handelt. Dies ist aber nie der Fall gewesen. Eine Schule ist kein öffentliches Gebäude - von daher kann sie auch keine Gedenkstätte sein. Der Schulträger müsste darüber informiert sein, aber er hatte dazu keine Infos.

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. Juni 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Man habe das Dokumentationszentrum kontaktiert und darum gebeten, die Schule von der Internetseite zu nehmen.

Abschließend berichtet Frau Brand, dass die Krautgartenschule eine Grundschule mit 70 bis 80 % Mitgrationsanteil ist, die wertvolle pädagogische Arbeit leistet. Es bestehe eine gute Kooperation mit Institutionen und der Elternschaft. Die Schule in die rechte Ecke zu rücken sei in keiner Weise gerechtfertigt.

Vors. Spallek bedankt sich für den umfangreichen Bericht.

Stv. Schickel schließt sich dem Dank an und berichtet von einem gemeinsamen Besuch von Frau Scholz, Herrn Schuster und ihm selbst am 07.06.13 in der Schule. Er bedauert, dass der Schule etwas angehängt wurde, was in keiner Weise gerechtfertigt war. Nicht alle Journalisten würden richtig einschätzen, was man mit der Berichterstattung anrichtet.

In der Rudolf-Dietz-Schule seien z. B. Modelle zur „dunklen“ Zeit entwickelt worden. Es soll geklärt werden, ob neben der Familie Lehmann noch andere Menschen verschleppt wurden. Auf diesem Hintergrund wurden die Verbrechen der NS-Zeit thematisiert.

Die TAZ-Meldung bezeichnet er als ziemliche Tartaren-Meldung. Die Schule wird in ca. 1 Jahr über die Entwicklung berichten.

Lt. Stv. Kisseler sind alle Fragen der Fraktion geklärt worden.

Vors. Spallek bedankt sich noch einmal und erklärt, dass auch der breiten Öffentlichkeit damit Genüge getan wurde und der Sachverhalt richtig gestellt werden konnte.

0057 13-F-08-0052

Transparenz in Aufsichtsräten und Städtischen Gesellschaften
- Antrag von Linke&Piraten vom 19.06.2013 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag und wünscht sich neben der bestehenden Berichterstattung eine transparentere Darstellung.

Stv. Schickel kann das Grundanliegen durchaus nachvollziehen, verweist aber z. B. auf das Aufsichtsratsgesetz. Das Interesse des Unternehmens dominiert - alles, was der Gesellschaft schaden könnte, muss unterlassen werden.

Lt. Stv. Seipel-Rotter wolle man nur die Gremien darstellen. Auch aus nicht öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung dürfe berichtet werden. Man wolle die Kontrollfunktion dadurch wahrnehmen.

Vors. Spallek stellt klar, dass der Antrag in ähnlicher Form schon einmal vorlag. Der Beteiligungsbericht sei auf der Internetseite einsehbar. Ein Bericht des Magistrats zu dem Thema stehe noch aus.

Er hält den Antrag für erledigt, weil die Infos abrufbar sind (auch Geschäftsführer und deren Vergütung). Er sieht keinen Handlungsbedarf.

Lt. Stv. Gaedeke könne man sich auch der Seite der Partei selber darstellen. Z. B. erscheine unter ihrem Namen auch die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der HSK.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. Juni 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach Aussage von Stv. Seipel-Rotter sei das richtig, aber es bliebe Stv. Gaedeke selber überlassen, wie öffentlich sie mit ihren Funktion umgehen wolle.

Er möchte den Antrag als eingebracht betrachtet haben, bis der angekündigte Bericht des Magistrats zu dem ähnlich gelagerten Antrag vorliegt.

Vors. Spallek beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären. Dieser Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Linke&Piraten bei Enth. Grüne angenommen

0058 13-F-08-0053

Aktualisierung des Internetauftritts der Stadt Wiesbaden
- Antrag von Linke&Piraten vom 19.06.2013 -

Stv. Seipel-Rotter weist darauf hin, dass eine Projektgruppe gegründet werden sollte und fragt nach Ergebnissen.

Vors. Spallek würde den Antrag gern als eingebracht ansehen und wird selber bei Dezernat III nachhaken, wann der Bericht vorliegt.

Der Antrag wird als eingebracht betrachtet.

Einstimmig

0059 Bericht der Dezernentin

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

0060 13-V-30-0005

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden XI (Wiesbaden-Nordenstadt/Delkenheim)

Einstimmig

0061 13-V-30-0006

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. Juni 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IX (Wiesbaden-Breckenheim/Medenbach/Igstadt)

Einstimmig

0062 13-V-30-0007

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden XI (Wiesbaden-Nordenstadt/Delkenheim)

Stv. Dr. Wittkowski verlässt bei der Abstimmung den Saal (§ 1 Abs. 2 GO).

Einstimmig

0063 13-V-30-0008

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IV (Wiesbaden-Dotzheim/Frauenstein)

Einstimmig

0064 Verschiedenes

1. Vors. Spallek weist auf die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten am 03.09.2013 zum Thema „Warmes Wiesbaden“ hin.
Nach der regulären Sitzung wird es ein erstes Treffen mit den Integrationsbeauftragten und dem Ausländerbeirat ab 19 Uhr geben.

2. Die Verleihung des Integrationspreises ist für den 29.10.2013 um 18 Uhr geplant.

Vors. Spallek weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die vorgeschlagenen Preisträger/innen, die nicht zum Zug gekommen sind, informiert werden sollen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .08.2013

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 25. Juni 2013

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Spallek

Weck

Koba